

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 Mk. monatl. 2,50 Mk.
Freiend Haus, postanbahnbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug
Monatlich 2,50 Mk. evtl. Zustellungs-
gebühr. Amer. Anzeigeband für Deutsch-
land u. Österreich-Ungarn 6,75 Mk.
für das übrige Ausland 9,75 Mk. bei
täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk.
Bestellungen nehmen an Döner-
markt, Holborn, London, Schwaben
und die Schweiz. Eingetragene in die
Post-Zustellungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
zweimal. Sonntags einmal.

Telegrams-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 17. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die wichtigste Anzeigenkategorie
kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen“,
das heißt: 10 Zeilen 50 Wg. (zählend
2 festgedruckte Worte, jedes weitere
Wort 25 Wg., Steilgedruckte und
Schlüsselzeilen das erste Wort
40 Wg., jedes weitere Wort 20 Wg.,
Worte über 15 Buchstaben ab hier für
zwei Buchst. Zählung)
Familien-Anzeigen, politische und
gemeinschaftliche Zeitschriften-Anzeigen
1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
SW. 68, Unter den Eichen 3, abgegeben
werden. Schluß für den 17. April 1919
5 Uhr abends.

Lloyd George über den Frieden.

London, 16. April. (Reuter.) Lloyd George begann seine
Rede im Unterhaus damit, daß er zugab, daß die ganze
Welt ungeduldig auf den Frieden warte. Er wies
andererseits auf das Riesengestirn der Aufgabe der Delegierten hin,
denen Probleme von nicht dagewesener Schwierigkeit und Wichtig-
keit gegenüberständen. Lloyd George wies darauf hin, daß zehn
neue Staaten entstanden seien, einige, die unabhängig, andere die
halb abhängig und einige, die möglicherweise unter Schutzherr-
schaft sein würden. Ihre Grenzen müßten angedeutet,
wenn nicht endgültig festgesetzt werden.

Die Grenzen von vierzehn Ländern müßten neu gezogen werden,
und das gebe nur eine Idee von den territorialen Schwierigkeiten.
Es seien aber auch noch andere Probleme vorhanden, die für den
Frieden der Welt und für das Schicksal der Menschheit ebenso
wichtig seien und von denen jedes, wenn es falsch behandelt würde,
der Menschheit schwere Opfer kosten würde. Zum Beispiel die
wirtschaftlichen Fragen, die Fragen der internationalen Wasser-
wege und Eisenbahnen und die Schadenersatzungen. Lloyd George
verwies auf die internationalen Vereinbarungen über

Arbeiterfragen.
die bisher noch nie versucht worden seien, und sprach mit den
Worten wärmster Anerkennung von den Diensten, die Barnes
geleistet und von der Unterstützung, die die Arbeiterabgeordneten
und die Gewerkschaftler gewährt hätten, was es ermöglicht habe,
ein großes Weltprogramm anzunehmen. Daneben gebe es noch jenes
große Experiment, an dem der ganze Frieden hänge, nämlich die
Gesellschaft der Nationen.
Jedes einzelne dieser Probleme würde Monate in Anspruch
nehmen.
Ein Fehler könnte zu einem allgemeinen Kriege führen. Fast jedes
Teil der Erde sei an der Beratung dieser Probleme beteiligt
und das rechtfertige die Zeit, die dafür in Anspruch genommen
würde. (Beifall.) Wenn die Konferenz nicht eine Maschine
aufbauen würde, die imstande sei, mögliche Irrtümer zu korri-
gieren, so wäre es unbedingt notwendig, sich mehr Zeit zu lassen.
Der Völkerbund helfe also Zeit sparen. Die Konferenz müsse
ihre Arbeiten abkürzen, denn sie habe, während sie versuchte
aufzubauen, in vielen Ländern die Grundlagen der
Gesellschaft in den Staub fügen sehen. Keine
Gemeinde von Männern arbeite anstrengender, in größerer
Einstimmigkeit und unter größeren Schwierigkeiten. Lloyd George hat, daß
man die Männer, die ihr Bestes geleistet hätten, in Frieden lasse
oder aber andere an ihre Stelle setze.

Lloyd George fuhr fort: Fragen, von denen man vor dem Kriege
nie gehört habe, hätten jetzt beinahe einen
Konflikt zwischen zwei alliierten Staaten verursacht.

Die Schwierigkeiten am Balkan hätten eine Atmosphäre von Un-
ruhen geschaffen, aus der bereits der Krieg entstanden sei, und eines
der charakteristischsten Merkmale der gegenwärtigen Lage sei, daß in-
folge der Zerbröckelung großer Reiche Mitteleuropa in kleine
Staaten balkanisiert worden sei. Man müsse dafür sorgen,
daß nicht durch die jetzt in Entstehung begriffene Regelung Ursachen
für künftige Unruhen geschaffen würden.

Die Lage in Rußland
sei eines der kompliziertesten Probleme, die jemals behandelt worden
seien. Eine der Schwierigkeiten sei die, daß es kein Rußland gebe.
Niemand könne behaupten, daß die Organisation, die Zentralrußland
beherrsche, gleichzeitig die de facto-Regierung für ganz Rußland sei.
Die Konferenz habe das Schauspiel eines ausgebeuteten Landes, das
sich in einem chaotischen Zustande von Verwirrung und
Anarchie befinde, vor sich. Von Anerkennung könne keine
Rede sein, sie sei niemals vorgeschlagen und niemals in Behandlung ge-
nommen worden, da keine Regierung ganz Rußland vertreten. Außer-
dem habe die bolschewistische Regierung solche Verbrechen
gegen Untertanen alliierter Länder begangen, daß es
selbst unter anderen Umständen unmöglich wäre, sie anzuerkennen.
Überdies greife die bolschewistische Garde in diesem Augenblick die
Freunde der Alliierten in Rußland an.

Lloyd George kam sodann auf den Vorschlag einer militäri-
schen Intervention zu sprechen und sagte, es sei ein sehr ge-
sunder Gedanke der auswärtigen Politik Englands, sich nie-
mals in die inneren Angelegenheiten anderer
Länder einzumischen, wenn sie auch noch so schlecht regiert
würden. Wie immer die Stimmung in England sein möge, die
praktischen Schwierigkeiten eines großen militärischen Vorgehens
in Rußland seien ungeheuer. Rußland habe wohl den Feind
im Lande gesehen, sei aber niemals von einem auswärtigen Land
erobert worden. Selbst wenn eine Eroberung möglich wäre, so
würden doch die politischen Schwierigkeiten bestehen bleiben. Lloyd
George sagte, er sei über die

bolschewistischen Lehren entsetzt,
aber er würde noch lieber Rußland den Bolschewisten überlassen,
bis er selbst einsehe, was der Bolschewismus anrichte, als erleben, daß
Großbritannien infolge einer kostspieligen militärischen Intervention
bankrott mache.

Dieses letztere wäre der sicherste Weg, um den Bolschewismus auch
in Großbritannien zu verbreiten. Die Regierung unterstütze Rol-
lins und Pennington, weil sie sich auf Veranlassung der Allii-
erten und zum großen Teil auf ihre Kosten gegen die bolschewisti-
sche Regierung erhoben und die Deutschen daran gehindert hätten,
sich aus Rußland die Hilfsmittel zu verschaffen, die es ihnen ermög-

Braunschweig von Regierungstruppen
besetzt.

Braunschweig, 17. April. (Eigener Drahtbericht
des „Vorwärts“.) Heute mittag ist das Landesjägerkorps
von Helmstedt kommend, in Braunschweig einge-
zogen. Zu irgend welchen Zusammenstößen ist es dabei
nicht gekommen. Erstere Zwischenfälle werden auch nicht
befürchtet. Die Stadt ist vollkommen ruhig.

Die Einladung nach Versailles.

General Ruband hat in Spa dem General v. Hammerstein die
Einladung der deutschen Friedensdelegation nach Versailles zum
25. April amtlich überreicht.

lichen würden, die Blockade zu brechen. Lloyd George fuhr fort:
Wenn wir sie den Bolschewisten gegenüber im Stich gelassen hätten,
so wäre das eine Tat gewesen, die jedes großen Landes un-
würdig gewesen wäre. (Lebhafter Beifall.) Die beiden haben
nur verlangt, mit Waffen versorgt zu werden. Er betonte
das keineswegs als ein Abweichen von der grundsätzlichen Politik
Großbritanniens. Die englische Politik sei,
ein gewalttames Übergreifen des Bolschewismus auf die alliierten
Länder zu verhindern.

Deshalb organisiere England alle Hilfskräfte in den alliierten Län-
dern und in den benachbarten Gebieten von der Ostsee bis an das
Schwarze Meer. Wenn der Bolschewismus eines der alliierten
Länder angreifen würde, so wäre es die Pflicht Englands, es zu
verteidigen. Die Politik Englands sei, die einander be-
kämpfenden Parteien in Rußland dazu zu bewegen, die Errichtung
einer allgemeinen annehmbaren Regierung zu besprechen, die die
Alliierten als russische Regierung anerkennen könnten. Er zweifle
nicht an dieser Lösung. Nach verlässlichen Informationen seien die
bolschewistischen Streitkräfte zwar anscheinend im Zunehmen be-
griffen, aber der Bolschewismus selbst schwinde angesichts des un-
darübertragbaren wirtschaftlichen Druckes rasch dahin und breche
zusammen. Es seien unverleumbare Anzeichen dafür vorhanden,
daß Rußland wieder emporkomme, und wenn es erst wieder
gesund und normal sei, dann sei es Zeit für die Alliierten, in Ruß-
land Frieden zu stiften.

Ueber die allgemeinen Friedensbedingungen

sagte Lloyd George, die Vertreter der Großmächte seien zu einem
vollständigen Einvernehmen über die großen grund-
legenden Fragen bezüglich des Friedens mit Deutschland gelangt.
Sie hätten diese Fragen bereits formuliert, und er hoffe, daß sie
Ende nächster Woche vorgelegt werden würden. Lloyd George übte
scharfe Kritik an gewissen Zeitungsangriffen und sagte: „In Frank-
reich glaubt man noch immer, daß die „Times“ ein ernstes Blatt
ist. Man weiß dort nicht, daß sie nur eine Schweizerausgabe
(Company edition) der „Daily Mail“ ist. Auf dem europäischen
Kontinent hält man sie für ein halbamtliches Organ der Regierung.
Das ist ein Beweis dafür, wie lange derartige Traditionen
brauchen, bis sie austrocknen. Ich möchte, daß die Menschen wissen,
was alles das zu bedeuten hat.“

Lloyd George sagte ferner, die französischen Solda-
ten, die er in verwesteten Gebieten getroffen habe, hätten ge-
sagt: „Geht uns einen guten Frieden.“

Niemand hätte die neuen Probleme und die besonderen Emp-
findlichkeiten Europas mit ihren alten bitteren Erinnerungen an
nationale Konflikte sympathischer behandeln können als Wilson.
(Beifall.) Die Konferenz habe niemals die Tatsache verpasst, daß
die meisten Leiden und Opfer des Krieges von dem belde naja-
ten Frankreich getragen worden seien. Sie seien nicht be-
gessen worden. Frankreich habe ein Recht darauf, sich vor einer
Wiederholung des Angriffes geschützt zu fühlen. „In allen Fragen,
die uns vorgelegt werden, gelangen wir zu einstimmigen Be-
schlüssen.“ (Beifall.) Was sich auf dem Wiener Kongreß ereignet
habe, sei ein Beweis für die Wichtigkeit der Einstimmigkeit.

Die Friedenskonferenz habe einstimmig und ohne
Zögern beschlossen, daß es ein Fehler ersten Ranges sein würde, die
Friedensbedingungen zu veröffentlichen, ehe sie mit dem Feind be-
sprochen wurden. Keine Friedenskonferenz habe jemals ihre Be-
handlungen öffentlich gehalten. „Wir wollen mehr einen guten
Frieden als eine gute Presse haben.“ (Beifall.) Die Konferenz
werde alles tun, was notwendig sei, um

eine vorzeitige Veröffentlichung zu verhindern,

die den Feind dazu ermutigen würde, Widerstand zu leisten. Jede
Verpflichtung der Regierung sei in die Forderungen der Alliierten
aufgenommen worden. Die Regierung sei niemals um ein Wort von
diesen Forderungen abgewichen. Sie habe daran festgehalten, weil
sie für berechtigt gehalten habe. „Wir wollen“, sagte Lloyd
George, „einen strengen Frieden, weil der Fall es verlangt,
aber er darf nicht darauf berechnet sein, Rachegefühle zu befriedigen,
sondern darauf, Gerechtigkeit zu üben.“ Jede Klausel und jede Be-
dingung müsse in jeder Weise gerechtfertigt sein. Vor allem wünschen
wir, die Zukunft vor einer Wiederholung der Schrecken dieses
Krieges zu bewahren.

Ich werde nach Bari zurückkehren, wenn das Haus mich dort
haben will. (Lauter Beifall.) Jeder, der dorthin zurückkehrt, wird

mit den Abgesandten des Feindes zusammentreffen. Er
muss das volle Vertrauen des Parlaments besitzen. Das Parla-
ment würde zwar den unterzeichneten Vertrag verwerfen können,
das würde aber sehr schwierig sein. Das Parlament muss also,
ehe der Betreffende nach Paris geht, das Gefühl haben, daß er,
der dort ist, wer immer es auch sein mag, die Verpflichtungen bis
zu den äußersten Grenzen seiner Kraft und seiner Ueberzeugung
erfüllen wird.

Eines der Ergebnisse des Friedens wird die Entfernung der
großen kontinentalen

Gefahr der Rüstungen

sein. Die Streitkräfte Deutschlands werden zu einem Heere herab-
gesetzt werden, das eben ausreicht, um den Polizeidienst in
seinen Städten durchzuführen und seinen Handel zu schützen. Wir
und Europa müssen daraus Nutzen ziehen. Die Gefahr besteht nicht,
daß es in Deutschland noch zu einem neuen Ausbruch kommt, denn
Deutschland könnte nur mit Hilfe 80 000 bewaffnete Männer über-
bringen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Gefahr besteht
jeht, daß die Welt in Stücke geht, wenn das bagere Gespenst
des Hungers durch das Land schleicht. Lloyd George betonte
zum Schluß, daß es die Pflicht aller Staatsmänner, Parlamente
und Führer der öffentlichen Meinung sei, den Triumph des Rechts
nicht durch Nachgiebigkeit zu verderben.

Saargebiet und linkes Rheinufer.

Erklärungen Brodorsff-Rankau.

Berlin, 16. April. Wolff meldet: Auf unsere Bitte hat uns
der Spezialkorrespondent der „New York Sun“, Herr Karl O.
Wiegand, den nachfolgenden Bericht über eine Unterredung
zur Verfügung gestellt, welche er am 15. d. M. mit dem Reichs-
minister des Auswärtigen gehabt hat. Hiernach erklärte Graf Brod-
orsff-Rankau auf die Frage, welche Stellung die deutsche
Regierung gegenüber der offener halbamtlichen Erklärung der
Savobagentur über die Regelung der Saarfrage und die mili-
tärliche Besetzung der Rheinlande einnehme: „Ich kann vor allem
nicht glauben, daß der Bericht mehr als ein Versuchsballon
ist, um festzustellen, welche Zuminungen die öffentliche Meinung in
Deutschland ertrogen könne. Der angebliche Inhalt der Bestim-
mungen steht zu sehr

in Widerspruch mit den Grundsätzen, die Präsident Wilson
als Unterlagen für den Friedensschluß verkündet hat

und die von beiden Kriegsparteien im November 1918 angenom-
men worden sind.“ Auf den Einwand des Berichterstatters, in
der Savobnoie würde aber gerade hervorgehoben, daß die dort vor-
geschlagene Neuregelung der Saarfrage den Grundsätzen des
Völkerbundes entspreche, war die Antwort: „Das ist eben eine
sehr lächerliche Behauptung.“

Wenn Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken
der Saar erhält, wenn französische Gesetze dort maßgebend sein
sollen, wenn die Einwohner keine Abgeordneten in das deutsche
Parlament entsenden dürfen, wenn Frankreich die Polizeigewalt
ausübt, und wenn dieser Zustand 15 Jahre andauert, bevor die
Einwohner über ihre künftige Nationalität abstimmen dürfen, so
ist das nichts als eine

schlecht verhängte Annexion.

Gewalt würde der ganzen Bevölkerung angetan, weil ein fremder
Staat die Schätze ihres Bodens besetzen will!“ Der Berichterstatter
fragte weiter: „Nach der Mitteilung der Savobagentur soll aber
doch die Staatshoheit dem Völkerbunde zustehen?“
Graf Rankau antwortete: „Was bleibt von der Staatshoheit für
den Völkerbund übrig? Das ist nichts weiter als eine Verbrüderung
vor der Idee des Völkerbundes, einer Idee, die man durch diese
Tat aufs schwerste verletzen würde. Es ist ausgeschlossen, daß
die gut deutsche Bevölkerung der Saar sich freiwillig einer solchen
Staatshoheit unterwerfen würde.“ „Glauben Sie nicht“, sagte
Herr Wiegand, daß Deutschland trotzdem dem Vorschlag zustimmen
sollte, um Frankreich für die

gehörten Kohlenbergwerke seiner Nordprovinzen
zu entschädigen?“

Graf Rankau entgegnete außerordentlich
stimmt:

„Ich werde einen Friedensvertrag, der diese Bestimmungen ent-
hält, niemals unterzeichnen, und ich weiß, daß ich damit nur die
Auffassung der ganzen gegenwärtigen Regierung vertritt. Ich bin
aber auch überzeugt, daß, selbst wenn die Delegierten zur Unter-
schrift geneigt wären, die Deutsche Nationalversammlung den
Friedensvertrag ablehnen würde.“

Selbstverständlich hat Frankreich einen Anspruch
auf Schadenersatz für seine zerstörten Bezirke. Deutsch-
land ist bereit und fähig, diesen Schadenersatz zu leisten. Wenn
an Stelle von Radpolitikern erfahrene Geschäftsmänner diese Frage
zu regeln hätten, so würden sie einen Weg finden, der Frankreich
sicherer zu einem hinreichenden Ersatz verhelfen und dabei zu einer
Annäherung führt zu einer dauernden Entfremdung der beiden
Völker führen würde. Wir sind bereit, den französischen Friedens-
delegierten entsprechende Vorschläge zu machen, und wir hoffen,
daß sich bei den Verhandlungen das Mißtrauen zerstreuen läßt,
das der Entente bisher ihre ungewöhnlichen und, vom Standpunkt
einer höheren politischen Barre aus, nicht zu rechtfertigenden Zu-
minungen eingegeben hat. Der Weltkrieg sollte und doch durch
die Erfahrung von der

Essbarkeit des Leidens,

Die er uns gebracht hat, über die Solidarität unserer wahren Interessen aufgeführt haben." Auf die letzte Frage: "Nimmt die Deutsche Regierung wegen des

Anten Rheinfurts

Die gleiche Stellung ein wegen der Saar?" lautet die Antwort: "Eine Entwaflnung Deutschlands an seiner Rheinrenze würde erstreblich sein, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruhte. Unentwaffelt ist aber ein einseitiges dauerndes Besatzungsrecht Frankreichs hinsichtlich der Brückenköpfe und Eisenbahnstationenpunkte der Rheinlande. Der Gebatte, finanzielle Verpflichtungen liegen für nur durch territoriale Okkupationen sichern, ist veraltet und mit dem Selbstbestimmungsrechte der Völker nicht vereinbar. Am richtigsten sind die auf die Befreiung bezüglichen Angaben des Reichs der Romane das nicht klar genug, um ein abschließendes Urteil zu erlauben. Die Deutsche Regierung hält jedenfalls an der Notwendigkeit fest, daß mit Abbruch des Friedens der Grund für die Befreiung deutschen Gebiets durch feindliche Truppen wegfalle."

Anerkennung der deutschen Regierung durch den Schweizer Bundesrat.

Bern, 17. April. Schweizerische Depeschengentur. Der Bundesrat hat die bergtägige deutsche Regierung am 11. April anerkannt und ebenso den gegenwärtigen diplomatischen Vertreter Müller.

Der 1. Mai in Frankreich.

Paris, 17. April. (M.) Wie aus Paris gemeldet wird, haben die Verbände der Eisenbahn-, Bergbau- und Textilarbeiter beschlossen, zur Feier des 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Lage in Bayern.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ganz Bayern, mit Ausnahme von München und seiner nächsten Umgebung, befindet sich in Händen der Regierung Hoffmann. In München ist die Lage noch immer sehr schwierig. Die Stadt befindet sich in Händen der Kommunisten und es hat sich wenig dort geändert. Da die Verbindung mit München fehlt, lassen sich die Meldungen von dort schwer kontrollieren. Angeblich sind die Kommunisten bis nach Dachau (auf dem Wege nach Ingolstadt) vorgestoßen und haben dort Schützengräben gebaut und Artillerie und Maschinengewehre in Stellung gebracht. Die Beurteilung der Lage ist hier durchaus unübersichtlich und man rechnet fest damit, daß auch München binnen Wochenfrist in der Hand der rechtmäßigen Regierung sein wird.

Die Kampffront bei Dachau.

Schwankende Stellung des Münchener Militärs.
Aus Regensburg wird unter dem 17. April gemeldet: Gestern abends 11.15 Uhr kam nach mehrstündiger Pause wieder der erste Personenzug aus München hier an. Ein Reisender berichtet der „Postzeitung“, bei Dachau ständen Truppen der Regierung Hoffmann, denen 300 Mann Soldaten und 10 000 bewaffnete Arbeiter gegenüberständen. Die Haltung des Militärs in München ist sehr unsicher und es habe den Anschein, als ob es sich im Fall eines Erfolges der Regierungstruppen zu ihnen schlagen würde. Wegen des Mangels an Bargeld ist für heute fest in München die Öffnung sämtlicher Depots im Besitze der Eigentümer angeordnet worden. Die Käufer erhalten Quittungen. Im Falle Rückerschleppens erfolgt zwangsweise Defnung. Der Mangel an Lebensmitteln beginnt sich fühlbar zu machen. Seit einigen Tagen gibt es keine Milch mehr. Nach weiteren Meldungen aus München ist die protestantische rote Garde Herr der Stadt. Das Bahnhofsgebäude ist mit Maschinengewehren und Geschützen besetzt. Das Protestantische wird weiter besetzt. Die rote Garde ist bereits auf 12 000 Mann angewachsen, die in Abteilungen von 500 Mann formiert sind und angeblich strenge Disziplin bewahren.

Mahnruf.

Es wütel Feuer und zehrende Flammen,
hoch leßt die Lohe himmelan!

Alles sieht verdrießen in der Ebbe, aber wie gerührt für unsere Feind! Wird nicht die schmale, brennende Flamme, geboren aus reinem Selbsthass, aber auch aus Genuß, Reich, Hunger, Elend und Verzweiflung im Osten, freit im Süden von uns weit hinüber nach Westen, gerührt durch den bösen Nachgier, der das unparteiliche Volk insdies, bis es verzweifelt im Verdröhen, im brüchigen Aufbrennen keine Rettung sucht, hoffend, daß aus der Asche der verdammten Stände ein einziger glühender Stamm emporsteigt.
Mitten in dem Flammenmeer wir, das bewußte Volk, zerbrochen durch die Nohte Krieg, ledgend noch Brot und Kreude durch die Jahre Hunger und Sommer, horchend Begierig auf alles, was von besseren Zeiten und abschließendem Leben singt. Und die Flammen fangen von Menschlichkeit und auch in Verdröhen aller Kräfte vor, und die letzten, höchsten Würde über ihren Verdröhen und heben durch niedrigen, anfeindliche Mittel jeden Verdröhen und jedes alte Gewohnheit fest, den Scham und Mut unsere Kräfte zur Gewalt reizen, und im Westen verdröhen selbsterne Siegt und den Welt unserer Kraft aus den Knochen zu formen.
Die Flamme aber leht plätschend rot am Himmel und schreit laut weil sie lodernden Rufe zum Himmel. Ihr die Dreck! Freiheit! Brot! Glück! Und unsere getreuten Sinne nehmen sie an, unserer Innigkeit Fragen vernimmt das Wort Brot, unsere erstarbete Seele lacht dem „Glück!“ Ihr Führer dort oben, Holt uns herdrücken, daß wir über der Flamme Welt erkennen! Holt uns zusammenfassen, sie lassen an unseren Grenzen und nicht unter Rand erst vorbreiten, zur Asche brennen lassen, um es zu erneuern.
hoch leßt die Lohe
himmelan!

Nicht soll uns die Macht und die Kraft verlassen, Durchdenken und nicht schaffen wir, damit sie nicht Mordende findet, und vertrauen und gütbewußt euren Weg schreiten ihr oben, unsere Führer!

Die Ausstellung für einfachen Genrat.

Am heutigen Samstagabend hatte schon vor dem Krieg eine gesunde Reformbewegung eingesetzt, die im Gegensatz zum Barockgeschmack, der brunnhafte Kochkunst historischer Stille den Weg zur Einfachheit, Materialgerechtigkeit und Ausdauerlichkeit suchte und einer neuen schlichten ordnungsvollen Ausdruck geben wollte. Fortschrittswissenschaft hatten diese Tendenzen auch in den Kreisen der Arbeiterklasse, die sich bis dahin mit der schlechten und lächerlichen Nachahmung der bürgerlichen Kochkunst begnügen mußte. An dem heutigen Samstagabend in diesem Sinne die Kommission für vorläufige Arbeitermöbel. Durch die erste Zusammenkunft von Künstlern vom Kaiser A. Wandlung und Peter Behrens mit hochberühmten schlichten Profilen und genauen Kennern der Bedürfnisse der Arbeiter Klassen ein vorläufiges Typen für Arbeitermöbel zustande. Der Krieg unter-

Nach Münchener Meldungen sind sämtliche verfügbaren Truppen gegen München in Bewegung gesetzt. Es sollen auch preussische Truppen und das Freikorps Epp zum Anmarsch bereit sein. Die bayerische Regierung hat sich auch an die württembergische um Unterstützung gewandt, deren Antwort noch ausbleibt. Die Münchener Anarchistenführer Mühlmann, Landauer und Rabler wurden in das Justizhaus Straß bei Bamberg gebracht. Aus Würzburg wurden Souber und Hagemeister ebenfalls dorthin gebracht.

Abbruch des Generalstreiks in Mülheim und Düsseldorf.

Aber nun fehlt es an Arbeitsmöglichkeiten.

Mülheim (Ruhr), 16. April. Die Mülheimer Arbeiterschaft beschloß in einer heute abgehaltenen Massenversammlung den Generalstreik abzubreaken und wegen nachfolgender die Arbeit wieder aufzunehmen. Aus die Bergarbeiter werden im Streik weiter verharren. Die Straßenbahn beginnt morgen ihren Dienst. Die Friedrich-Wilhelmstraße erklärte, vorläufig nur 400 Arbeiter beschäftigen zu können, da es an Kohle fehle. Dennoch dürften über 2000 Arbeiter vorläufig nicht beschäftigt sein.

Düsseldorf, 16. April. In den am Mittwochabend abgehaltenen Betriebsversammlungen der streikenden Arbeiter wurde mit überwiegendem Mehrheit der Beschluß gefaßt, den Generalstreik in Düsseldorf sofort abzubreaken und bereits am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Der heutige Tag ist ruhig verlaufen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Am Mittwoch verminderte sich die Zahl der Streikenden um 7,59 Proz. gegen 8,35 Proz. am Tage vorher. Am Mittwoch fehlten auf 241 Schachtanlagen bei der Morgenstadt 13,70, bei der Mittagsstadt 7,56 Proz. der Belegschaft. Von den 23 Schachtanlagen, die gestern arbeiteten, liegen 3 in Linen, 16 in den drei Dortmunder Revieren, 4 in Recklinghausen, 6 in Witten, 5 in Hattingen, 3 in den Bochumer Bezirken, 5 in den Essener Revieren, 3 in Werden und je 2 in Serne, Oberhausen und Duisburg.

Im obersteifischen Bergbaugebiet forderten die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse die Zwangsbesetzung der Direktoren Geh. Bergat Hilger, Thiele, Riemeyer, Schröder, Wiggert, Wende, Steinhoff, Vogt usw. — Die Herren ernten jetzt, was sie vor dem Kriege gesät haben. Geheimrat Hilger erklärte z. B. einem technischen Angestellten anlässlich einer von ihm vorgenommenen Fragestellung: „Koalitionsrecht und Freiheit sind Pfirschen.“

Freilassung der Bergarbeiterdelegierten.

Dortmund, 17. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die in Keitwig verhafteten etwa 400 Bergarbeiterdelegierten sind bis auf einen kleinen Rest wieder freigelassen. Heute findet in Dortmund eine Konferenz von Streikleitern mit dem Regierungskommissar Severing statt über die Beendigung des Ausstanzes. Die Zahl der ansehenden Bergarbeiter ist heute um 80000 größer, als am Ende der vorigen Woche. Ein großer Teil der Regierungstruppen ist aus Essen abgezogen. Die Ruhe im Bezirk ist nicht gestört.

Der Generalstreik in Bremen.

Die Wäschung der Lebensmittelschiffe sichergestellt.

Bremen, 17. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Wäschen der zurzeit im Hafen liegenden und des heute eintruffenden Lebensmittelsschiffe ist sichergestellt und wird auch nicht gestört werden.

brach die bereits fruchtbringende Arbeit. Der Mangel an preiswerten Möbeln hat dann in den letzten Kriegsjahren Städtebestimmungen und gemeinnützige Gesellschaften veranlaßt, preiswerte und künstlerisch einwandfreie Möbel herzustellen.

Auf Anregung des preussischen Kultusministeriums ist jetzt durch Zusammenwirken des Deutschen Werkbundes, des Kunstgewerbemuseums, der Generalkommission der Gewerkschaften im Kunstgewerbemuseum eine Auswahl solcher einfachen Hausrates „aufgestellt.“ (Die Ausstellung ist täglich von 10—8 Uhr frei geöffnet.) Die Künstler bemüht in seiner Eröffnungsrede mit Recht betonte, kann dieses erstrebliche Zusammengehen von Kunst und Arbeit vorbildlich sein für die künftige Gestaltung unseres gewerblichen Lebens, das auf die Erzeugung von Qualität ausgeben muß und sich nur behaupten kann, wenn Kauf und Hand in werksichtigen Zielen einig sind.

Die Ausstellung zeigt eine Reihe sehr geschmackvoll aufgemachter Kojen vollgegerichteter Zimmer, dazu Geräte für den Alltagsgebrauch, Stoffe und künstlerischen Wandbühnen. Die Kunstgewerkschaft-Gesellschaft Dresden und die brandenburgische Hausrat-Gesellschaft sind je mit 4 Räumen vertreten. In der Form eigenartig und gediegen gearbeitete Möbel hat die Kunstgewerkschaft Gelsenburg beigesteuert. Die Berliner verbliebenen Arbeitermöbel konnten leider nicht mit ausgestellt werden, da sie zurzeit nicht zu haben sind. Was zu sehen ist, gibt einen guten Durchschnitt des Erreichbaren. Nur die Veranlagung und Erziehung der Konsumenten wie der Möbelproduzenten sind hier Vorbilder gegeben. Bei aller Einfachheit in der Ausführung, die aber immer auf gute Arbeit steht, sind leider die Preise immer noch so hoch, daß sie vielen unerschwinglich sein werden. (Auskünfte beim Ausstellungspersonal oder durch den Werkbund.)

Das arbeitende Volk wird sich in Zukunft nicht mehr von einer fünfjährigen Industrie in der Art, wie es seine tägliche Umwelt gestaltet, kommandieren lassen. Es wird seine Bedürfnisse selber befriedigen und sie mit Hilfe der mit ihm empfindenden Schaffenden erfüllen. Diese kleine Ausstellung, die im einzelnen noch eingehender zu würdigen ist, kann der Anfang einer großen Bewegung werden, die Volk und Kunst wieder zu einander führt.

Die Normalisierung in der Industrie.

Durch die Presse ging kürzlich eine Klage der Verbände der Kraftwagenfabriken, die der Normierung nachstehen, für die Wichtigkeit der Normalisierung im Verhältnis zu haben und sie nicht durch Verordnungen innerhalb ihrer Kompetenz zu fördern. Diese Klage ist um so unbedeutender, als zahlreiche andere Industriezweige die Normalisierung schon lange aus eigener Kraft durchgeführt haben.

Was vertritt man denn nun unter Normalisierung? Auch jetzt bedeutet dies eine solche Vereinigung der Erzeugnisse einer Industriezweige, daß an Stelle einer großen Anzahl in der Größe nur wenig voneinander abweichender Erzeugnisse eine kleine Zahl sehr verschiedener hergestellt werden, die den berechtigten Forderungen des Publikums genügen. Hand in Hand geht damit das

Die Bewegung in Deutschland.

In Leipzig haben die Straßenbahnangehörigen zur Durchsetzung ihrer noch nicht erfüllten Lohnforderungen den Streik beschlossen.

In Hamburg kam es zu einem demonstrativen Auszug der unabhängigen Sozialisten aus der Bürgerstadt, weil sie in den verstärkten Sicherheitsmaßnahmen eine Herabsetzung des Parlaments erblickten. Die Wachen waren wegen angelegentlich Demonstrationen verstärkt worden.

Der Streik im Luga-Debnitzer Bezirke geht seinem Ende zu. In Luga wird seit Mittwoch wieder mit voller Belegschaft gearbeitet. In Debnitz hat sich die Zahl der Arbeitenden beträchtlich erhöht. Man rechnet mit voller Aufnahme der Arbeit am Donnerstag.

Der Mörder Runge verhaftet.

Die Anklage erhoben.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist der frühere Jäger zu Pferde Runge, der beschuldigt wird, an der Tötung Viebknecht und Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, bei einem im Grenzschutz befindlichen Freikorps, nachdem die Ermittlungen des Gerichts des Gorder Kavallerie-Schützenkorps auf seine Spur hinarbeiten, vor einigen Tagen verhaftet worden. Runge befindet sich seit dem 13. April hier in Untersuchungshaft. Es ist bereits Anklage gegen ihn und alle bei der Tötung Viebknecht und Rosa Luxemburgs Beteiligten erhoben worden. Die Hauptverhandlung steht demnächst in Aussicht.

Wir begrüßen diese Verhaftung, die beweist, daß alle Schaulustigen der Unzufriedenheit und Spaltung, die Regierung heute Runge nicht verhaften, erdicht war. Vielleicht darf man aber daran erinnern, daß der Attentäter auf Luer und Wälder Cosele, der Neher Alois Lindner sich noch immer in Freiheit befindet, indem die auf dem Boden der Notwendigkeit stehende Münchener Sicherheitswehr seine Festnahme verzögert hält.

Einwohnerwehren.

Die preussische Regierung hat die Errichtung von Einwohnerwehren beschlossen, in denen jede gegenständige Betätigung politischer Richtungen ausgeschlossen sein soll. Sie erfolgt durch die Verbände unter Mitwirkung der U., B. und S.-Mitt. Deutsche Gewerkschaftskommissionen sollen zur Ergänzung herangezogen werden. Die Mitglieder müssen sich durch Handschlag auf die republikanische Staatsform verpflichten und auf treue Dienste für die vom Volk gewählte Regierung. Sie wählen ihre Führer selbst. Der Dienst ist ehrenamtlich, für Unkosten teilt die Gemeinde ein. Die Ueberwachung erfolgt durch den Oberpräsidenten. Gegen Mißbrauch der Waffen, die auf Anordnung des Oberpräsidenten durch das Kriegeministerium vermittelt werden, sind besondere Sicherheiten zu schaffen.

Lebensmittelerleichterung für Deutschland.

Aufhebung der Schwarzen Listen.

Paris, 16. April. Dem Korrespondenz-Bureau zufolge teilt das internationale Handelsamt in Genè mit, daß fortan, um Deutschland in die Lage zu setzen, in neutralen Ländern für den Einkauf von Lebensmitteln Kredit zu erhalten, keine Firma in einem neutralen Lande durch Bezug auf die Schwarze Liste bestraft werden wird, wenn sie (innerhalb der bestimmten Grenzen) Lebensmittel nach Deutschland ausführt. Deutschland für den Einkauf von Lebensmitteln Kredit gewährt oder Waren, deren Ausfuhr aus Deutschland die assoziierten Regierungen bewilligt haben, einführt. Die bestehenden Anordnungen, die die Ausfuhr von Lebensmitteln verbieten, werden aufgehoben. Die Ausfuhr muß jedoch in Abereinstimmung mit den Anordnungen geschehen, die von der Lebensmittelverwaltung des Obersten Wirtschaftsrates ausgesprochen sind.

Vertrieben, die Erzeugnisse der einzelnen Fabriken einander so gleich zu machen, daß sie im Austausch gegeneinander verwendet werden können. In manchen Industriezweigen ist das schon außerordentlich weitgehend gelungen, so z. B. in der Fabrikation von Gas- und Wasserleitungsrohren, elektrischen Lampen, Fassungen und Schaltern, Fahrradern, Nähmaschinen, bei den Erzeugnissen der Eisenwaarenwelt und noch anderen mehr. Eines der besten und auch wirtschaftlich wichtigsten Beispiele bietet die Eisenwarenindustrie, insbesondere die Walzwerke. Diese stellen das Stabstahl als Haupterzeugnis her, das dann wieder zahlreicher anderen Industrien als Ausgangsprodukt dient. Anfanglich war es so, daß die Qualität seinen Kundenreis koste, dessen Wünsche es sowohl als möglich zu erfüllen trachtete. Dazu mußten neue Anlagen gebaut werden, die Kosten stiegen. Als sich der Geschäftskreis der Werke erweiterte, wurde diese individuelle Verdröhen bald unüberwindlich. Das Werk hätte eine Anzahl von verschiedenen Anlagen aufstellen müssen, für U-Eisen, Stab-, Flach-, Winkel-, Balken-, Eisen, es gab von jedem Hunderte von Sondermaßen. Mit der immer zunehmenden Verdröhen der Hüttenwerke in modernen Verkaufsverbänden wurde schon aus kaufmännischen Gründen eine Deparmantierung notwendig, um den verschiedenen Profilen, die Industrie erließ dann zur Erlösung, sie setzte, natürlich unter laudlicherer Mitwirkung der Verkäufer, eine Anzahl von sogenannten Normalprofilen fest, die in einem umfangreichen Rahmen Normalschweißstahl, festgelegt sind. Macht die fortgeschrittene Technik es notwendig, neue Formen herauszubringen, so wendet sich der Konsument an das Stahlwerk, das dann unter Zugleichnahme der vorhandenen Industrie bestimmt, ob die neu beantragten Profile hergestellt werden sollen oder nicht.

Wenn es auch im Anfangenben gelänge, zu erreichen, daß ein Kraftwagen, gleichgültig welchen Herstellers, aus einander gleichen Einzelteilen gebaut würde, wäre natürlich eine bedeutende Vereinfachung des einzelnen Wagens die Folge, außerdem würde die Konstruktoren der Fabriken ihre geistige Energie auf die Verdröhen der von der Normalisierung nicht betroffenen Teile verwenden und so eine weitere technische Verbesserung erzielen.

Notizen.

— Hans Meid, der ausgezeichnete Berliner Stahlbauer, ist als Lehrer für Kupferblech und Rodierung an die Maschinenische Hochschule für die bildenden Künste in Berlin-Charlottenburg berufen worden. Meid ist von den Ausstellungen der freien Gesellschaften bekannt; er tablierte die großen Holzer „Cello“ und „Don Juan“.

— Musik. Einen populären „Wagner-Abend“ veranstaltet das Münchener Orchester unter Leitung von Paul Schalking und unter Mitwirkung der Oberbayerischen Frau Chamer-Heinze am Sonntag, 19. April, im Volkstheater. — Die Oberbayerischen-Ausführung der Niedersächsischen Kunstvereinsung“ wird auf den 14. Mai verschoben.

— Dichter-Abend. Ein Rubinstein wiederholt „Sinnliche indische Dichtungen“ am 18. April, abends 8 Uhr. Buch-Kunst, Aufstellungen am 20. April, Verschiede Sagen, Manuskript, Ostmann.

